

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Krogmann, Laurenz Meyer (Hamm), Veronika Bellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Martin Dörmann, Dr. Rainer Wend, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/8381 –**

Breitbandversorgung in ländlichen Räumen schnell verbessern

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Gudrun Kopp, Martin Zeil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/7862 –**

Datenbasis für flächendeckende Versorgung mit breitbandigem Internetzugang schaffen

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Dr. Lothar Bisky, Katrin Kunert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/8195 –**

Schnelles Internet für alle – Unternehmen zum Breitbandanschluss gesetzlich verpflichten

- 4. zu dem Antrag der Abgeordneten Grietje Bettin, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/8372 –**

Den Ausbau der Breitbandinfrastruktur flächendeckend voranbringen

A. Problem

Zu den Nummern 1 bis 4

Schaffung einer flächendeckenden Breitbandstruktur unter Einbeziehung der ländlichen Räume; Verbesserung der Datenbasis.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/8381 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7862 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

Zu Nummer 3

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8195 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Nummer 4

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8372 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/8381 anzunehmen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/7862 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 16/8195 abzulehnen,
4. den Antrag auf Drucksache 16/8372 abzulehnen.

Berlin, den 9. April 2008

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Gudrun Kopp
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gudrun Kopp

I. Überweisung

Zu den Nummern 1 bis 4

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf **Drucksachen 16/8381, 16/7862, 16/8195** und **16/8372** in seiner 149. Sitzung am 7. März 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie an den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die Antragsteller betrachten die schnelle und flächendeckende Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit bezahlbaren breitbandigen Internetanschlüssen als ein vorrangiges Ziel für die Informations- und Wissensgesellschaft. Alle Menschen in Deutschland müssten an den Potentialen und Chancen der Informationsgesellschaft teilhaben können. Zur Bewahrung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie des Wohlstands müsse eine Spaltung der Gesellschaft in Gruppen, die Zugang zu Breitbandinternet haben, und in solche, die von einem Zugang abgekoppelt sind, zwingend überwunden werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/8381 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- schnellere Fortschritte bei der Flächenabdeckung der Breitbandversorgung anzustreben,
- die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Breitbandinfrastruktur zielgruppenorientiert zu evaluieren, damit allen Nutzern die benötigten Bandbreiten zur Verfügung stehen,
- die Initiativen von Bund, Ländern und Gemeinden zur Steigerung der Flächenabdeckung von Breitbandanschlüssen stärker zu verzahnen und besser aufeinander abzustimmen,
- den rund 700 unerschlossenen sowie den 1 400 schlecht angebundenen Gemeinden in Deutschland aktive Hilfestellung bei der Informationsbeschaffung und -aufbereitung, der Bewertung ökonomischer Alternativen und bei der Auswahl der geeigneten Technologie durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie anzubieten,
- eine Internetplattform einzurichten, auf der Beispiele erfolgreicher Kommunen dargestellt werden, um den Erfahrungsaustausch über unterschiedliche Lösungsmodelle zu erleichtern und transparenter zu machen sowie das Bewusstsein für lokale Lösungsmöglichkeiten zu steigern,
- die Markttransparenz für Anbieter und Nutzer zu erhöhen und den Breitbandatlas geografisch in höherer Präzision darzustellen,

- stärker als bisher auf die schnelle Vergabe und effiziente Nutzung von Funkfrequenzen hinzuwirken,
- sich auf EU-Ebene für die Überarbeitung der Universalienrichtlinie mit dem Ziel einzusetzen, dass den Mitgliedstaaten ermöglicht wird, Breitband-Internetanschlüsse als Universalien festzulegen.

Zu Nummer 2

Nach Auffassung der Antragsteller ist die Kluft der Verfügbarkeit breitbandiger Internetzugänge in Deutschland zwischen den meisten Großstädten und vielen kleineren Städten und Kommunen zu groß. Gebiete ohne entsprechende Infrastrukturen seien erheblichen standortwettbewerblichen Nachteilen ausgesetzt. Voraussetzung für lokale Lösungen des Problems der „Weißen Flecken“ sei der Zugang zu belastbaren Informationen, wobei eine zu diesem Zwecke effektiv verwendbare Datengrundlage noch nicht vorliegen würde. Die systematische Beschaffung solcher gemeindebezogener Daten für den flächendeckenden Breitbandausbau sei Aufgabe des Staates. Der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten hätten mit einem „Gemeinsamen Appell“ im vergangenen November Vorschläge zur Datenerhebung gemacht.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/7862 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- gemeinsam mit den Urhebern des „Gemeinsamen Appells“ („Breitbandklüft überwinden“ – Maßnahmenpaket für eine schnellstmögliche flächendeckende Versorgung) vom 26. November 2007 und weiteren Verbänden, Institutionen sowie Unternehmen das genannte Maßnahmenpaket mit dem Ziel einer gemeinsamen Umsetzung zu überprüfen,
- zu ermitteln, welche finanziellen und sonstigen Mittel seitens der Bundesregierung für die effektive Datenerhebung notwendig sind,
- keine gesetzgeberischen Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, solange nicht alle marktwirtschaftlichen Lösungen ausgeschöpft sind, um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

Zu Nummer 3

Nach Ansicht der Antragsteller haben Millionen Menschen in Deutschland immer noch keinen schnellen Internetanschluss, worin die Antragsteller eine Verletzung des Verfassungsgrundsatzes erkennen, im gesamten Bundesgebiet gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Bürgern im ländlichen Raum werde die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben wesentlich erschwert. Telekommunikationsunternehmen bauten die notwendige Infrastruktur in ländlichen Räumen nicht aus, weil sie dort nicht genügend Gewinn erwirtschafteten. Gesamtstaatliche Interessen müssten jedoch Vorrang haben vor der Renditeerwartung privater Telekommunikationskonzerne.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/8195 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- gesetzliche Änderungen dafür vorzunehmen, dass ein Internetanschluss mit schneller Übertragungsrate (zunächst ab zwei Megabit pro Sekunde) im Universaldienst verankert wird und jeder Bürgerin und jedem Bürger als Mindeststandard zusteht,
- auf europäischer Ebene zum einen darauf hinzuwirken, den Mitgliedstaaten nicht mehr zu verbieten, den Universaldienst auszuweiten, wenn dabei Unternehmen zur Finanzierung herangezogen werden (Modifizierung des Artikels 32 der Universalrichtlinie), zum anderen eine Aufnahme von Internetanschlüssen mit schnellen Übertragungsraten in die Universaldiensttrichlinie als Universaldienst anzustreben.

Zu Nummer 4

Nach Auffassung der Antragsteller ist in der Informations- und Wissensgesellschaft der Zugang zu Breitband eine entscheidende Voraussetzung, um Teilhabe zu gewährleisten. Eine entsprechende Infrastruktur liefere eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze. Es bestehe jedoch eine „digitale Kluft“ zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten. Für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums sei ein schneller Internetzugang wichtig, weil auf diesem Weg bestehende Nachteile aufgrund räumlicher Distanz teilweise ausgeglichen würden. Der Markt regule die flächendeckende Versorgung mit Breitbandverbindungen nicht von selbst, da Investition in ländlichen Gebieten für privatwirtschaftliche Anbieter keine entsprechenden Gewinne in Aussicht stelle.

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/8372 soll die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden,

- die Bemühungen zu verstärken, eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur zu gewährleisten und sämtlichen Haushalten und Gemeinden in Deutschland Breitbandanschlüsse sicherzustellen,
- eine einheitliche Evaluationsmethode über Breitbandbedarfe der Gemeinden (einschließlich der privaten Haushalte und Unternehmen) zu entwickeln und zu fördern,
- eine einheitliche, zeitgemäße Breitbanddefinition mit einer Datenübertragungsrate von einem Megabit pro Sekunde zu etablieren und an den Mindeststandard für ein angemessenes Breitbanddienstangebot anzupassen,
- durch die Bereitstellung von Informationen über Alternativtechnologien zu DSL zu informieren, um lokale Lösungen voranzutreiben,
- verstärkt Mittel der öffentlichen Infrastrukturförderung des Haushalts des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung umzuschichten und für Gemeinden in dünn besiedelten und für Breitbandanbieter unrentablen Gebieten bereitzustellen,
- eine anbieterunabhängige Universaldienstverpflichtung in Erwägung zu ziehen, falls bis Ende 2009 keine flächendeckende Breitbandinfrastruktur für alle Gemeinden in Deutschland zur Verfügung steht, der eine Mindestübertragungsrate von mindestens einem Megabit pro Sekunde zugrunde liegt,

- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, den Rechtsrahmen für den Universaldienst regelmäßig daraufhin zu überprüfen, ob er den veränderten technischen, gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten angepasst werden muss.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8381 in seiner 65. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8381 in seiner 94. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 16/8381 in seiner 75. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 16/8381 in seiner 57. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/8381 in seiner 54. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 16/8381 in seiner 53. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8381 in seiner 66. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Zu Nummer 2

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/7862 in seiner 65. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/7862 in seiner 94. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 16/7862 in seiner 75. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 16/7862 in seiner 57. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/7862 in seiner 54. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 16/7862 in seiner 53. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/7862 in seiner 66. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Zu Nummer 3

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8195 in seiner 65. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8195 in seiner 94. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 16/8195 in seiner 75. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 16/8195 in seiner 57. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/8195 in seiner 54. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 16/8195 in seiner 53. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8195 in seiner 66. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Zu Nummer 4

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8372 in seiner 65. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8372 in seiner 94. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 16/8372 in seiner 75. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 16/8372 in seiner 57. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/8372 in seiner 54. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 16/8372 in seiner 53. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/

CSU, SPD, DIE LINKE. und FDP in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8372 in seiner 66. Sitzung am 9. April 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Anträge in seiner 60. Sitzung am 9. April 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** betonten, dass – um eine flächendeckende Versorgung mit bezahlbaren breitbandigen Internetanschlüssen zu erreichen – primär der intermodale Wettbewerb gestärkt werden müsse. Dieser müsse durch eine strategische Frequenzpolitik sowie durch staatliche Förderung wettbewerblich nicht erschließbarer Kommunen ergänzt werden. Eine gesetzliche Verpflichtung der Anbieter zum Breitbandausbau würde die technologische Entwicklung ausbremsen.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte, dass gesetzliche Eingriffe ohne vorherige Schaffung einer ausreichenden Datengrundlage nicht der richtige Weg seien. Staatliche Mittel müssten zunächst zum Aufbau einer solchen erforderlichen Datenbasis eingesetzt werden. Ohne diese notwendige Datengrundlage könne kein Wettbewerb stattfinden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** merkte an, dass für den von der Bundesregierung erstellten und sich als unbrauchbar erwiesenen Breitbandatlas sinnlos Geld ausgegeben worden sei. Aufgrund der durch Wettbewerb nicht ausgleichbaren Differenzen zwischen den Ballungszentren und den ländlichen Regionen forderten sie die Aufnahme von Breitbandanschlüssen in den Universaldienst.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, dass eine Universaldienstverpflichtung in Erwägung gezogen werden sollte, wenn bis Ende 2009 keine flächendeckende Breitbandinfrastruktur für alle Gemeinden in Deutschland zur Verfügung stehe.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/8381 zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7862 zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8195 zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8372 zu empfehlen.

Berlin, den 9. April 2008

Gudrun Kopp
Berichterstatterin

